



Morschen

Liberaler Bürgerbrief

Jahrgang 12 - Nummer 46

20. Juni 2003

FDP lehnt Haushaltsplan 2003 ab!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ohne Konsolidierung geht es nicht! Auch wenn bei der Mörscher Haushaltspolitik in der Vergangenheit letztlich immer an einem Strang gezogen wurde, so ist die FDP in diesem Jahre ausgeschert.

Sie hat als einzige Partei ein klares "Nein" zur Vorlage 2003 gesagt. Grund hierfür waren wesentliche Punkte in diesem Haushalt, die bei der finanziellen Lage in Morschen so nicht hingenommen werden konnten!

Da massive FDP-Versuche, den Haushalt zu verändern, nicht akzeptiert wurden und bereits frühzeitige Aufforderungen zu wirklichen Konsolidierungsschritten zu kommen, nicht ernst genommen wurden, hat die FDP-Fraktion dem vorgelegten Haushalt erstmals nicht zugestimmt.

Dazu muß man wissen, dass im Jahre 2002 die Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht zunächst verweigert wurde. Für eine Genehmigung wurde seitens der Kommunalaufsicht die Anleitung eines Konsolidierungsprogrammes gefordert.

Deshalb schlug die Gemeindeverwaltung Einsparungen vor, die den einzelnen Bürger, Vereine und Verbände belasten. Die Gemeindeverwaltung selbst wurde dabei jedoch völlig außen vor gelassen. Schlimmer noch, gute Möglichkeiten konkret dagegen zu steuern, wurden, absichtlich oder unbewusst, einfach vertan. Damit konnte und wollte sich die FDP nicht einverstanden erklären.

Wider besseren Wissens wurde so getan, als ginge die Gemeinde dies alles nichts an. Doch inzwischen hat den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung die Realität auf ernüchternde Art und Weise eingeholt. In einem aktuell überreichten Schreiben des Landrats Neupärtl weist dieser darauf hin, dass konkrete Konsolidierungsschritte im Mörscher

Haushalt 2003 nicht zu erkennen seien. Vor allem könne nicht davon ausgegangen werden, dass in zukünftigen Jahren eine deutliche Entspannung zu erwarten sei!

Obwohl mit den Mörscher Bürgern in Sachen Wassergebühren ab dem Frühjahr 2003 nicht gerade zimperlich umgegangen wurde und eine überproportionale Anpassung der Wasserkosten auf den Weg gebracht wurde, reicht es haushaltsmäßig vorne und hinten nicht.

Bei der ganzen Konsolidierungsaktion, die diese Bezeichnung wirklich nicht verdient, hätte deutlich mehr herauskommen müssen. Wir hatten wesentlich mehr gefordert und auch mehr erwartet.

Zudem wurde mit überaus widersprüchlichen Aussagen operiert, die im einzelnen nicht nachvollziehbar waren. Ein Beispiel: Die Kürzung der Zuschüsse für die Sportvereine, mit der Begründung der Gemeindeverwaltung, man müsse einen neuen Rasenmäher für die Sportplätze kaufen. Fakt ist, dass in diesem Haushaltsjahr gar kein Rasenmäher angeschafft wird. Solche Spielchen machen wir von der FDP nicht mit.

Zu allem Überfluß wollte die Mehrheitsfraktion SPD dann auch noch 2 neue Haushaltsstellen einrichten: Zum einen für unsere Agenda-Bestrebungen, zum anderen für den Bürgerbus (siehe Artikel in dieser Ausgabe).

Andererseits wurde dann durch die SPD der Antrag gestellt, die vorgesehenen 75.000 Euro für die notwendigen Sicherungs- und Erhaltungsmaßnahmen am Rathaus auf 25.000 Euro zu kürzen. Jede Fraktion weiß, dass mit 75.000 Euro nur die allernotwendigsten Arbeiten am Rathaus zu realisieren sind. Schon vor einigen Jahren wurden allein für den Dachstuhl die Restaurierungskosten auf ca. 330.000 Euro geschätzt.

Trotzdem hält die SPD-Mehrheit sowie der Bürgermeister am Haushaltsansatz für die unselige Fulda-Fähre fest. Sicherlich eine

Attraktion für das Fuldata, jedoch kein Thema bei desolater Haushaltslage.

In Anbetracht dieser Haushaltssituation scheint die FDP als einzige Mörscher Partei richtig zu liegen und mit ihrer Haltung zur Haushaltsdebatte auch dem Landrat das Stichwort gegeben zu haben. Und dass gerade er der FDP nahe steht, wird sicher keiner behaupten wollen.

Tempo-30-Regelung in Eubach

Seit Mitte November werden in Eubach die Autofahrer aufgefordert, den Fuß fast auf der gesamten Ortsdurchfahrt vom Gaspald zu nehmen. Dabei war auf Initiative der "Bürgerliste Eubach" der bereits vorhandene Tempo-30-Bereich am Ortseingang bis zur Bushaltestelle ausgeweitet worden. Neben den Gehwegen, die an einigen Stellen gerade einmal 50 cm breit sind, sollte wegen der Schulkinder auch die Bushaltestelle in den gefährdeten Bereich einbezogen werden.

Diesem Antrag der Bürgerliste hat sich die Verkehrsbehörde angeschlossen und damit Fakten zum Schutze der Bürger insbesondere der Schulkinder geschaffen.

Unverständlich für die Bürger Eubachs war in diesem Zusammenhang das Verhalten des Bürgermeisters, der gegen die Ausweitung bei der Verkehrsbehörde Einspruch erhoben hatte. Seine Begründung hierzu war, dass der Ausbau der Bushaltestelle ohnehin zukünftig von der Gemeinde geplant sei. Da einerseits zu diesem Zeitpunkt weder konkrete Planungen noch Kostenschätzungen existierten und andererseits für den Ausbau auch noch der Teilerwerb eines Grundstückes nötig wäre, war von einer erheblichen zeitlichen Verschiebung auszugehen.

Die ursprüngliche Ablehnung war deshalb für die Eubacher nicht nachvollziehbar, denn die Gefährdung ist vor dem Ausbau der Bushaltestelle doch wesentlich größer als danach!

Die laufenden Geschwindigkeitsmessungen machen deutlich, dass es noch immer unverbesserliche Raser gibt, die Tempo-30 auf dieser gefährlichen Ortsdurchfahrt mißachten. Wir hoffen, dass weitere Messungen mithelfen werden, die Durchfahrt sicherer zu machen.

In jedem Falle sind die Mitglieder der "Bürgerliste Eubach" froh, dass diese Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit in Eubach bereits jetzt durchgesetzt wurde, denn die sicher langwierigen Planungen der Gemeinde laufen ja gerade erst an.

Alternativen zum Bürger - Bus

Es wirkt überaus bürgerfreundlich, wenn die SPD-Fraktion der Gemeinde, das positive Beispiel in Malsfeld vor Augen, auch eine derartige Planung für Morschen verfolgt. Dafür wurden dann auch demonstrativ 1.000 Euro in den aktuellen Haushalt aufgenommen. Mehrere Aufrufe für ehrenamtliche Fahrer machten deutlich, dass man ernsthaft an der Durchsetzung arbeitet.

Wir vom Liberalen Bürgerbrief fragen uns, ob dieser Ansatz für Morschen überhaupt notwendig ist und welche Alternativen gerade ältere Menschen haben, um Arzt-, Apotheken- und Einkaufswege in Altmorschen erledigen zu können. Dabei fällt uns natürlich sofort auf, dass Morschen, entgegen den Verhältnissen in Malsfeld, über ein Transportunternehmen in Wichte verfügt, welches derartige Fahrten nur zu gerne durchführen würde. Und wenn sich mehrere Teilnehmer für diese Touren zusammenfinden, dann ist das auch für schmale Budgets erschwinglich und sorgt für zusätzlichen Umsatz am Ort.

Gerade diese Zusatzumsätze brauchen örtliche Betriebe, um in diesen schweren Zeiten überleben zu können. Leider erinnern sich viele erst daran, wenn einmal wieder ein Unternehmen aufgeben musste!

Außerdem existiert für Transporte von den Ortsteilen nach Altmorschen eine weitere Möglichkeit, an die von Seiten der SPD überhaupt nicht gedacht wurde:

Nach §42 Fahrgastbeförderungsgesetz ist der früher mit "Schulbus" bezeichnete Linienbus 42 nicht nur in der Lage, sondern verpflichtet, den Transportraum für alle Bürger bereit zu stellen.

Natürlich dürfen dann nicht die Stoßzeiten des Schülertransportes am frühen Morgen oder die Rücktransporte nach 13.00 Uhr ins



Ortsdurchfahrt Eubach

Auge gefasst werden. Dies wäre den älteren Bürgern auch sicher nicht zuzumuten. Doch schon die zweite Tour am Morgen oder die Rückfahrten um 11.00 oder 12.00 Uhr wären sehr interessante Alternativen für die Betroffenen. Wenn man die Frequenz zu diesen Zeiten an bestimmten Tagen verfolgt, dann fahren nur wenige und insbesondere die jüngeren Schuljahrgänge mit dem "Linienbus 42" und für all die älteren Mitfahrer wäre Platz genug. Aber vielleicht sind diese Alternativen der SPD ja nicht ausreichend gewesen. Außerdem sind sie natürlich nicht so öffentlichkeitswirksam wie ein Bürgerbus!

Wir vom Liberalen Bürgerbrief vermuten, dass man ohne die Möglichkeiten am Ort zu prüfen, zunächst die Kampagne von Malsfeld werbewirksam kopieren wollte. Folgeprobleme für die Gemeinde (Bereitstellung eines geeigneten Fahrzeuges, Haftungsfragen und -kosten usw.) hätte man dann erst später realisiert.

Dieses Vorgehen ist grundsätzlich falsch und kann in der gegenwärtigen Haushaltssituation auch nicht gut geheißsen werden. Andererseits erklärt es, warum wir mit der absoluten Mehrheit der SPD in all den Jahren überhaupt in diese prekäre Lage gekommen sind.

Feuerungsanlage für Holzhack-schnitzel

Die Idee Erwin Döhnes, in zentraler Ortslage ein hoch modernes, vom Land Hessen gefördertes und dazu noch umweltgerechtes Holzhack-schnitzel-Blockheizkraftwerk zu errichten, zog alle Versammelten beim FDP-Stammtisch in ihren Bann. Da andere Kommunen bereits daran arbeiten und die Landesregie-

rung eine Modellregion für ein solches Projekt sucht, war keine Zeit zu verlieren. Auch die Häufung potenzieller Energieabnehmer im Ortszentrum Altmorschens (z.B. Rathaus, Orangerie, Kloster mit Klosterscheune, die Gärtnerei Salzmann, zwei Industriebetriebe, ein neues Hotel sowie Schule und Sporthalle) waren

Anlaß, eine solche Anlage einmal ernsthaft zu überdenken. Neben der Absicherung bestehender Arbeitsplätze am Ort, hätte es zusätzlich einen positiven Umwelt- und Kosteneffekt gehabt, denn auch die größeren Gartenabfälle hätten hier gleich mit verarbeitet werden können.

Und gerade die Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage wurde bei unserer Haushaltsmisere als wesentlicher Ansatz und Fakt vorausgesetzt. Schließlich sollte damit trotz aller Effekte auch Geld verdient und eine deutliche Haushaltsentlastung erreicht werden. Deshalb wurde ein entsprechender Antrag in die Gemeindevertreterversammlung im Februar eingebracht. Ein Trauerspiel, wie Bürgermeister und die SPD-Mehrheitsfraktion mit diesem Antrag umgegangen sind. Mit der üblichen Ingoranz und unsachlichen Unterstellungen, wie z.B., ob es möglich sei alternative Energie in Körben zu transportieren, wurde kein gutes Haar an diesem Antrag gelassen. Nur mit Mühe gelang eine Verweisung in den zuständigen Ausschuß und eine weitere fortschrittliche und zukunftsweisende Idee der FDP war erst einmal vom Tisch!

Inzwischen haben sich andere um die Fördermittel bemüht. Unser Nachbarkreis mit der Gemeinde Alheim hat sofort reagiert und den Förderantrag für eine Modellregion gestellt. - Auch hier wird es wieder so kommen, dass wir von der FDP in Morschen tolle Visionen und Ideen haben, die schon allein deshalb blockiert werden, weil sie nicht von der Mehrheitsfraktion stammen.

Impressum: FDP-Ortsverband Morschen
Elzestraße 11, 34326 Morschen, Tel.: 379
Redaktion: Erwin Döhne, Heike
Horchler, Uwe Ludwig
Layout: Uwe Kamper